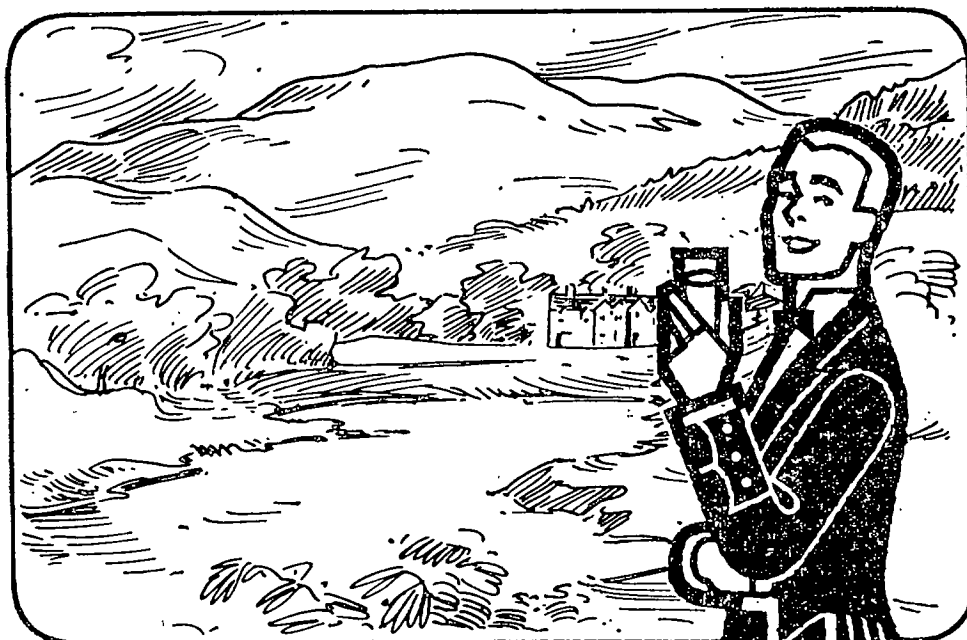




Die „Spitze von Schottland“ wird der Benmore, ein Berg in der Grafschaft Perthshire genannt. Der Benmore Whisky, der nach ihm benannt ist, gehört zu den Spitzenmarken des schottischen Whiskys.

Benmore Whisky, von un-nachahmlichem, männlichem Charakter und höchster Qualität, führen Fachgeschäfte und Gaststätten.



Gentlemen prefer
BENMORE
SELECTED
SCOTCH WHISKY

ALLEINVERTRIEB: WEINBRENNEREI SCHARLACHBERG
503 I Sp IMPORTABT. BINGEN AM RHEIN

INDUSTRIE

WERKVEREIN

Götz von Obertshausen

Das Arbeitsgericht in Offenbach am Main befaßt sich in dieser Woche mit einer Klage, deren Ausgang von westdeutschen Unternehmern und Gewerkschaften mit Spannung erwartet wird. Die Industriegewerkschaft (IG) Metall beschuldigt den Inhaber der „Ersten Hessischen Wirkmaschinen-Fabrik Karl Mayer GmbH“ in Obertshausen bei Offenbach, Karl Mayer, seine Arbeiter am Eintritt in die von ihnen bevorzugte Gewerkschaft zu hindern.

Der gewichtige Vorwurf, die im Artikel 9 des Grundgesetzes garantierte Koalitionsfreiheit verletzt zu haben, ist dem Karl Mayer, 50, auf dem vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung präsentiert worden, die einige Monate zuvor wie ein verspäteter Karnevalsscherz begonnen hatte.

Nachdem Fabrikant Mayer im Streit um seine sehr eigenwillige Regelung des Weihnachtsgeldes — er vermindert es bei längerer Krankheit eines Arbeiters — die Arbeiterin Lisa Pelz „wegen Frechheit“ entlassen hatte, erschienen am 2. März dieses Jahres frühmorgens vor dem Werk-tor des Mayer-Betriebs zwei örtliche Funktionäre der IG Metall. Sie verteilten an die Arbeiter Exemplare des gewerkschaftlichen Informationsblattes „Metallsplitter“, das eine Karikatur des St. Nikolaus samt Gabensack mit der Aufschrift „Meier“ zeigte. Die Unterschrift glossierte Mayers Auszahlungsmodus für das Weihnachtsgeld.

Kaum hatte das Zettelverteilen begonnen, da fiel auch schon der Gegenschlag des vorgewarnten Fabrikanten. „Das Plakat raus!“, dröhnte Mayers Stimme vom Fabrikdach, und zwei bereitgestellte Autos richteten ihre Scheinwerfer auf ein acht Meter breites und anderthalb Meter hohes Plakat. Es verkündete: „Durch Bonzen und Verleumder und Lügner laß ich mich nicht schrecken. Sie können mich kreuzweise am Arsch lecken. Mein Wahl-spruch Nr 1 — März 1959/K. Mayer.“

Karl Mayers Ruhm gedieh. Zustimmende Telegramme und Briefe aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Italien, Mexiko und den Vereinigten Staaten gingen stapelweise ein. Ein laut Mayer prominenter Bankier schrieb: „Die Gewerkschaft wird Ihrer Aufforderung gewiß nicht nachkommen. Von mir aber erhalten Sie ob Ihrer Haltung einen Kuß auf besagten Körperteil, wenn Sie es wünschen.“ Schließlich ernannte auch der Oberrichter a. D. Josef Frenken aus Oelde in Westfalen den Karl Mayer zum Ehrenmitglied des Frenken-schen Götz-Forschungsvereins „Lemia“.

Der IG Metall war es unlieb, daß ihr der Metallsplitter ins eigene Auge ging. Sie rettete sich in die lahme Erklärung, mit dem „Meier“ der Karikatur habe sie nicht den Obertshausener Mayer, sondern einen fiktiven westdeutschen Arbeitgeber gemeint. Prompt versprach der Wirkmaschinenfabrikant in einer halbseitigen Suchanzeige (Preis des Inserats: 2500 Mark) im Frankfurter Boulevardblatt „Abendpost“ dem Finder des „richtigen Nikolaus Meier (mit ei) ... DM 5000 Belohnung von Mayer (mit ay)“.

Es meldete sich kein Finder, dafür aber die IG Metall. Sie verklagte den Karl Mayer wegen Verleumdung und Beleidigung ihrer Funktionäre, die er auf seinem

Plakat „Bonzen, Verleumder und Lügner“ genannt habe. Der Richter handelte zwischen den Streithähnen einen Burgfrieden aus: Mayer solle sein anstößiges Plakat entfernen, die Gewerkschaft hingegen alle Publikationen unterlassen, die das Ansehen des Fabrikanten in der Öffentlichkeit schädigen.

Mayer und der örtliche Gewerkschaftsfunktionär Wandelt taten ein übriges und beschlossen, sich gemeinsam der Mayer-Belegschaft zu stellen. Bei diesem Auftritt ließ jedoch Mayer sein Humor im Stich. Mayer behauptete, die Flugblatt-Aktion der IG Metall sei „eine vom Osten gesteuerte Maßnahme“ gewesen.

Der Fabrikant, der sich im Kriege durch Rüstungsaufträge zum Unternehmer hochgepöppelt hatte, ließ sich nämlich in der Nachkriegszeit jene Idee einfallen, die ihm, wie er glaubt, die Todfeindschaft der DDR eingetragen hat: Er zog aus Chemnitz, wo die deutsche Wirkmaschinenindustrie konzentriert war, Facharbeiter in Scharen ab und baute in Obertshausen seine eigene Wirkmaschinenfabrik auf. Innerhalb weniger Jahre schnellte die Belegschaft auf 900 Mann empor, und Mayer wurde vielfacher Millionär.

Nichts verbittert jedoch die Funktionäre der IG Metall mehr als der Argwohn, ihre Aktionen seien vom Osten inspiriert. Mit dieser unsinnigen Verleumdung hat sich Mayer die Gewerkschaft, die bis dahin die Auseinandersetzung schmunzelnd als Gepöhl am Rande erachtet hatte, zum konsequenten Gegner gemacht.

Mayer sieht hinter der Aktivität der IG Metall allerdings noch andere Motive: „Die Funktionäre sind wütend, daß ich meine Leute weit besser bezahle, als sie es in ihren Tarifverträgen ausgehandelt haben. Die Gewerkschaft (20 Prozent der Arbeiter sind bei der IG Metall eingeschrieben) spielt in meinem Betrieb nur die Rolle eines Kassierers ihrer Mitgliedsbeiträge.“

Der Obertshausener Erzkapitalist, weit davon entfernt, sich durch den Zorn der mächtigen Gewerkschaft anfechten zu lassen, schürte noch die Empörung der Funktionäre: Er trat aus dem Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie aus und eröffnete seinen Arbeitern durch Anschlag, daß „die bestehenden und künftigen Vereinbarungen zwischen dem Ar-



Unternehmer Mayer
„Ich wollte mir schon immer ...“



... eine Gewerkschaft zulegen“: Götz-Plakat in Obertshausen

beitgeberverband und der IG Metall für den Betrieb nicht mehr verbindlich“ seien.

Jetzt hatte die IG Metall genug und reichte eine massive Klage beim Offenbacher Arbeitsgericht ein. Indem Mayer seinen Arbeitern erklärte — so argumentieren die Juristen der IG Metall —, daß für ihn fortan die Gewerkschaft nicht mehr existent sei, bedeutete er ihnen zugleich, daß es für sie auch keinen Zweck mehr habe, sich der IG Metall anzuschließen. Diese Maßnahme sei eine Drohung und eine Behinderung der Koalitionsfreiheit.

Dabei bringt es die Gewerkschaftsfunktionäre vollends in Rage, daß Mayer keineswegs alle Arbeitnehmer-Organisationen als Verhandlungspartner ablehnt. Mit einer will er sogar sehr handfest paktieren: mit der „Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen“, die er selbst „Mayer-Gewerkschaft“ nennt.

Vor einigen Wochen machten sich während der Arbeitszeit etliche Meister an die Arbeiter heran, um sie zur Unterzeichnung eines Reverses zu bewegen. Es war die Beitrittserklärung zur „Wirkmaschinen-Gewerkschaft e.V.“, in der sich die künftigen Mitglieder zugleich verpflichten mußten, während ihrer Mitgliedschaft keiner anderen Gewerkschaft anzugehören. Da im Betrieb der Spruch kursierte: „Trittst du nicht in den Verein, wird deine Prämie kleiner sein“, traten die Arbeiter in Scharen aus der IG Metall aus und in die Mayer-Gewerkschaft ein, die sich bald in „Arbeitsgemeinschaft“ umbtaufte.

Die IG Metall belegte den neuen Verein sogleich mit einem Schmä-Étikett aus längst vergangenen Sozialkampftagen: Die Mayer-Gewerkschaft sei ein „gelber Werkverein“.

Ehe Hitlers Deutsche Arbeitsfront den Betriebsfrieden auf ihre Weise regelte, hatten die Unternehmer solche Werkvereine mit Erfolg gegen die Gewerkschaften eingesetzt. Zeitweise waren fast zehn Prozent aller deutschen Arbeiter in diesen Verbänden organisiert. Die Existenz der Streikbrecher-Organisationen ließen sich die Arbeitgeber gern etwas kosten.

Auch die Obertshausener Arbeitsgemeinschaft, so giftet die IG Metall, werde von Arbeitgeber Mayer ausgehalten. Mayer gesteht zwar: „Ich habe mir schon immer entweder ein Bankhaus oder eine Gewerkschaft zulegen wollen, weil das die besten Geschäfte sind“, streitet jedoch jede finanzielle Unterstützung ab.

• Als Pariser Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg einer streikbrechenden Gewerkschaft die Fensterscheiben eingeworfen hatten, verklebte man die Fenster mit gelbem Papier. Der Spottname „Syndicat Jaune“ (Gelbe Gewerkschaft) wurde fortan auf alle streikfeindlichen Verbände übertragen.

Dagegen weist der Starjurist der IG Metall, der Frankfurter Anwalt Kurt Thon, in seiner Klageschrift nach, daß Mayer seiner Gewerkschaft kräftig unter die Arme greift. Erklärt Thon: „Drei Werksangehörige fuhren vormittags nach Seligenstadt zu dem Notar Dr. Otto Ibach, um die Satzung zu erstellen ... Am Nachmittag desselben Tages fuhren weitere sieben Arbeitnehmer zu diesem Rechtsanwalt, um die erforderlichen Formalitäten zu erfüllen. Die Beklagte (Firma Mayer) zahlte den Lohn weiter und übernahm auch die weiteren Aufwendungen, insbesondere erklärte sie sich gegenüber diesem Rechtsanwalt zur Tragung der Kosten bereit.“

Indes, gegen Mayers gelben Werkverein kann selbst die allmächtige IG Metall kaum auf einen gerichtlichen Erfolg hoffen. Mayers Stellvertreter, der 33jährige Karl Kohl, vor dem Gesetz Arbeitgeber und dennoch Mitglied der Mayer-Gewerkschaft, frohlockt: „Unsere Gewerkschaft ist heute schon bei uns dreimal so stark wie die IG Metall. Bei den Betriebsratswahlen haben wir neun, die IG Metall nur noch zwei Sitze erhalten.“

Mit der Gründung des Werkvereins hat Mayer alle Arbeiter seines Betriebs, die weiterhin der IG Metall angehören, in eine unerfreuliche Situation manövriert. Wenn er nämlich in Zukunft einen Tarifvertrag mit dem Werkverein abschließt, kommen nur die Mitglieder des Werkvereins in den Genuß der neuen Abmachungen, da nur sie tarifgebunden, die anderen aber tariflos sind. Mayer kann — juristisch unanfechtbar — den tariflosen Arbeitern Lohn-erhöhungen verweigern.

Was die Offenbacher Arbeitsrichter unter diesen Umständen für die IG Metall und die bei Mayer arbeitenden IG-Mitglieder tun können, ist nicht eben viel. IG-Justitiar Thons Klageschrift verlangt denn auch lediglich, die Firma Mayer „bei Meidung einer Geld- oder Haftstrafe zu verurteilen, es fortan zu unterlassen, durch Maßnahmen, insbesondere Drohungen, Beleidigungen und Verleumdung, die Vereinigungsfreiheit der bei ihr beschäftigten und der Klägerin (der IG Metall) angehörenden Arbeitnehmer ... zu verletzen“.

Gegen den gelben Werkverein jedoch bleibt der Gewerkschaft vorläufig nur die Taktik, ihn verächtlich zu machen. Bis zum vergangenen April, so sticheln die IG-Metall-Funktionäre, hätten die Arbeiter in der Obertshausener Mayerei noch 50 Stunden pro Woche arbeiten müssen, heute seien es immer noch 45 Stunden. Die von der IG Metall in Hessen ausgehandelte und seit Januar 1959 gültige Tarif-Arbeitszeit: 44 Stunden.